

# Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Elbgaupresse Dresden Nr. 31202  
Zell.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Dresden: Elbgaupresse Dresden, Straße Dresden Nr. 604  
Postfach-Nr.: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wackwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsgesellschaft Hermann Dreyer & Co., Dresden-Neustadt. — Verantwortlich für den Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Druckerei: Elbgaupresse Dresden, Straße Dresden Nr. 604, Postfach-Nr. 517 Dresden. **Redaktion und Expedition Blasewitz, Loschwitzer Str. 4 87. Jahrgang**

239

Dienstag, den 13. Oktober

1925

## Optimismus ist nicht am Platze!

### Polnische Quertreibereien

Die Warschauer Blätter äußern ernste Bedenken hinsichtlich des Ausganges der Verhandlungen von Locarno. Minister Strzyński werde unter keinen Umständen der deutschen These zustimmen können, wonach die Östlichkeit auf ihre Abmachungen mit Frankreich verzichtet und bei einem Konflikt auf den Spruch des Völkerbundes angewiesen sein solle. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund gebe Polen nicht genügend Sicherheit, um auf die Verträge mit Frankreich Verzicht leisten zu können.

### Französische Dehe

In den Verhandlungen von Locarno schreibt der „Temps“ in seinem Leitartikel: Wenn es richtig sei, daß die Verhandlungen von Locarno über die Tagesordnung der Konferenz hinausgegangen seien, werde dies bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge ziemlich zu begrüßen sein. Die Konferenz der Außenminister sei nur zusammenberufen worden, um die Frage des gegenseitigen Garantiepaktes für die Rheingrenze und die der östlichen Schiedsgerichtsverträge zu regeln. Es sei möglich, daß Briand, Chamberlain und Vandervelde bei ihren Verhandlungen mit Reichsminister Dr. Luther und mit Dr. Stresemann andere Probleme erörtern hätten, die Deutschland und die alliierten Länder betreffen und daß man durch die Verkettung der Tatsache veranlaßt worden sei, eine Art Prüfung der Gesamtanlage vorzunehmen, aber es sei schwer anzunehmen, daß im Laufe dieser privaten Verhandlung Verpflichtungen übernommen werden könnten bezüglich einer Regelung, die vom eigentlichen Pakt selbst vollständig unabhängig bleiben müßte. Dieser dürfte durch keine Verpflichtungen hinsichtlich der Erfüllung irgend-einer Friedensaufgabe bedingt werden. Man würde einen schweren politischen Fehler begehen, wenn man die Unterzeichnung direkten oder indirekten Arrangements unterordnen würde, die nur von der Treue abhängen würden, mit der Deutschland in Zukunft seine allgemeinen Verpflichtungen erfüllen würde.

### Die Saarfrage

Der bekannte saarländische Großindustrielle, Kommerzienrat Köhling, ist in Locarno eingetroffen, um bei der Besprechung der Saarfrage gehört zu werden. Im Verlaufe der Verhandlungen dieser Woche dürften die Fragen sehr stark in den Vordergrund treten, die man mit einem nicht ganz glücklichen Ausdruck „Nebenfragen“ genannt hat, nämlich die Fragen der Räumung der Kölner Zone, die grundsätzliche Umwandlung des Besatzungsregimes und des Regimes der Saarkommission usw. Dr. Stresemann hat Chamberlain schon bei seinem ersten Besuche keinen Zweifel darüber gelassen, daß das für und selbstverständlich sind und daß die Gewißheit, daß diese Konsequenzen auch gezogen werden, für uns die Voraussetzung der Unterzeichnung ist.

### Berechtigte Forderungen des besetzten Gebietes

Der Wirtschaftsausschuss für das besetzte Gebiet trat in Düsseldorf unter Teilnahme zahlreicher Vertreter der Ministerien und Behörden zu einer Sitzung zusammen, in der die Wünsche des besetzten Gebietes zur Reform des Okkupationsleistungsgesetzes und die Anträge zum Erlass der Transportmehrkosten festgestellt wurden.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Geh. Kommerzienrat Dr. Hagen (Köln), wies auf das sehr enge Zusammenarbeiten des Wirtschaftsausschusses und der Reichsregierung hin und betonte, daß trotz der Annahme und Durchführung des Dawes-Planes und trotz der Verhandlungen über einen Garantiepakt noch immer wichtige Forderungen des besetzten Gebietes unerfüllt geblieben seien. Das besetzte Gebiet erkennt

### Die Entscheidung fällt nicht in Locarno

#### Sehr günstig??

In belgischen Regierungskreisen verlautet, daß die alliierten Regierungen noch im Laufe des Mittwoch oder Donnerstag eine Entscheidung über die Frage der völligen Entlassung Deutschlands fällen wird. Der Bericht der interalliierten Militärkontrollkommissionen lautet sehr günstig, so daß einer Räumung der Kölner Zone nichts mehr im Wege stehe.

#### Die Lage ist geklärt, wenn . . .

Wie nunmehr feststeht, wird die Entscheidung über das Zustandekommen des Garantiepaktes noch im Laufe dieser Woche fallen. Die letzten Tage haben, was nicht mehr bestritten werden kann, eine so weitgehende Klärung geschaffen, daß man nunmehr einigermaßen imstande ist, den Verlauf der Dinge zu übersehen. In politischen Kreisen erzählt man sich, die grundlegende Einigung über den Garantiepakt sei am Sonnabend während der Motorbootfahrt auf dem Lago Maggiore, an der Chamberlain, Briand, Dr. Luther, Dr. Stresemann und die juristischen Sachverständigen teilnahmen, erfolgt. Die Wasserfahrt der Staatsmänner sei auf jeden Fall ergebnisreicher gewesen, als alle Volltungen und offiziellen Zusammenkünfte der Minister. Soviel ist sicher, daß

die Basis der Verständigung gefunden ist und daß jetzt nur noch die beteiligten Regierungen ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Konferenz von Locarno abgeben müssen, um den Garantiepakt der Westmächte und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund perfekt zu machen. In den nächsten Tagen werden daher die Regierungen in Berlin, London, Paris, Brüssel und Rom wichtige Beratungen abhalten, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob die Konferenz in Locarno noch im Laufe dieser Woche mit einem endgültigen Resultat abgeschlossen werden kann. Die bisher noch nicht zur Erörterung gelangten politischen Forderungen Deutschlands, die außerhalb der offiziellen Konferenz gelöst werden sollen, dürften bereits in den nächsten Tagen zur Sprache kommen. Bei allem Optimismus, mit dem man jetzt auch in maßgebenden deutschen Regierungskreisen die Situation beurteilt, weist man nachdrücklich auf die große Bedeutung dieser Parallelverhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten hin. Man betont, daß nunmehr das letzte Wort in London, Paris und Brüssel gesprochen werden muß. Fällt die

Entscheidung der alliierten Regierungen im positiven Sinne aus, dann ist die Konferenz von Locarno am Ziele ihrer Aufgaben angelangt, während im anderen Falle neue, ernste Schwierigkeiten unvermeidlich sein würden.

Entscheidung der alliierten Regierungen im positiven Sinne aus, dann ist die Konferenz von Locarno am Ziele ihrer Aufgaben angelangt, während im anderen Falle neue, ernste Schwierigkeiten unvermeidlich sein würden.

### Das Feilschen um den Ostpakt

Wie wir weiter aus Locarno erfahren, ist es nunmehr tatsächlich auch zu einer Vereinbarung in der Frage der östlichen Schiedsverträge gekommen. Nachdem Italien sich bereit erklärt hat, am Garantiepakt als fünfte Garantiemacht teilzunehmen, hat Frankreich auf seine Ansprüche, als Garantiemacht im Osten aufzutreten, fallen gelassen und dem Ver-gleichsvorschlag zugestimmt, wonach der

### Völkerbund die Garantierung der Schiedsverträge

übernimmt. Für die Tschechoslowakei hat Dr. Beneš bereits dieser Lösung zugestimmt, nachdem er eingesehen hat, daß Frankreich keine Aussicht hat, seine Sonderforderungen durchzusetzen. Mit Spannung erwartet man nunmehr noch den Bescheid Polens, das sich bis zum letzten Augenblick heftig gewehrt hat, und das um die Aufrechterhaltung seiner Bündnisverträge bis zum letzten Atemzug kämpft. Polen wird diesen Kampf als endgültig verloren aufgeben müssen, wenn es nicht in letzter Stunde das Zustandekommen des Paktes vereiteln und die Verantwortung für das Scheitern der Konferenz auf seine Schultern laden will. Wie gemeldet wird, hat bereits eine Aussprache zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Außenminister Graf Strzyński stattgefunden, die einen sehr bewegten Verlauf genommen haben soll. In den Konferenzkreisen zweifelt man aber anrecht nicht mehr daran, daß Polen seinen Verweigerungskampf aufgeben und der General-lösung seine Zustimmung geben muß. Der gestrige Tag hat hierüber noch keine völlige Entscheidung gebracht, da, wie schon oben angedeutet, die beteiligten Regierungen das letzte Wort zu sprechen haben werden. In Berlin dürfte allerdings bereits in den nächsten Tagen eine Stellungnahme des Reichs-kabinetts zu erwarten sein, nachdem ein Mitglied der deutschen Delegation von Locarno bereits in Berlin eingetroffen ist, um den in Berlin verbildeten Konventionstext zu übermitteln.

Uns erscheinen diese Berichte rechtlich optimistisch gefärbt. Es wäre viel richtiger, die Lage so zu schildern, wie sie tatsächlich ist. Wer soll denn daran glauben, daß Frankreich und Polen und die Tschechoslowakei nun auf einmal sich darin gefallen, Deutschland weites Entgegenkommen zu zeigen. Schrauben wir unsere Erwartungen recht niedrig, umso gerinner wird die Enttäuschung sein! (D. Schriftl.)

### endliche Herstellung innerer und äußerer politischer Ruhe

und eines europäischen Friedens, der es uns ermöglicht, in ungestörter, angespannter Arbeit unsere Wirtschaft wieder aufzubauen. Dürftige Verhinderung.

Weder die Montag-Vormittagssitzung der Konferenz in Locarno wurde folgendes offizielle Communiqué ausgegeben: „In der heutigen Zusammenkunft wurde die Generaldiskussion über die durch Beteiligung der eventuellen Signatäre des Garantiepaktes am Völkerbund aufgeworfenen Fragen wieder aufgenommen. Im Verlaufe des Erörterens der deutschen Delegation ein ergänzendes Klarstellung fand ein allgemeiner Gedankenaustausch unter den verschiedenen Delegationen statt, als dessen Ergebnis ein Fortschritt der gemeinsamen Arbeiten in Richtung einer befriedigenden Lösung der erörterten Fragen sich ergab.“ Die Konferenz vertagte sich auf Dienstag vormittag.

### Um die internationale Wirtschaftskonferenz

Auf der Völkerbundstagung in Genf ist vor Loresschluss ein Antrag Loucheurs angenommen worden, in absehbarer Zeit eine internationale Wirtschaftskonferenz einzuberufen. Loucheur, der französische Großunternehmer, sowohl wie Louchaux, der französische Gewerkschaftsführer, haben dem Antrag nicht nur empfehlende Worte mit auf dem Weg gegeben, sondern auch die Angaben der Konferenz in großen Umrißen geschildert. Das ist kein Zufall, denn gerade Frankreich wird von der europäischen Wirtschaftskrise so heftig geschüttelt, daß es wohl zu verstehen ist, wenn es versucht, die Schläge dieser Krise durch internationale Vereinbarungen zu mildern. Wenn auch das Heer der Arbeitslosen in Frankreich nicht so groß ist wie beispielsweise in dem durchindustrialisierten England, so hängt das mit dem wirtschaftlichen Aufbau Frankreichs zusammen. Frankreich ist noch immer überwiegend Agrarstaat, so daß etwa in der Industrie überflüssige Arbeitskräfte in der Landwirtschaft untertauchen können, wo bei der Zersplitterung des Besitzes fast immer Arbeitsmangel herrscht. Trotzdem erbebt die französische Wirtschaft unter einer schweren Krise. Der Krieg hat Frankreich einen Zuwachs industrialisierter Gebiete gebracht wie das Elsass und Deutsch-Lothringen. Weiter kommt hinzu, daß Frankreich in und nach dem Kriege seinen alten industriellen Produktionsapparat vergrößert hat. Das rein immaterialistische Ziel der französischen Industrie ist vor allem die Beherrschung auf dem Eisenmarkt, wofür zwar die Vorkriegsgrundlage vorhanden ist, nicht aber die Kohlen-grundlage und noch weniger der stark aufnahmefähige innere Markt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß gerade die Schwereisenindustrie zu ihrer Entwicklung des Rückhaltes eines großen eigenen Marktes bedarf.

So verlor sich die französische Eisenindustrie durch gewalttätige Ausfuhr zu Schiedsverträgen zu helfen. Französische Rohisen und Halbzeug wird auf den Auslandsmärkten durchweg zu niedrigeren Preisen angeboten, als sie England und Deutschland durchhalten können. Trotzdem in der französischen Eisenindustrie weit geringere Löhne gezahlt werden als in Deutschland und England, reicht das für die französische Industrie nicht aus, um Gestehungskosten für die Erzeugnisse zu decken. Das ist die eigentliche Ursache der französischen Wirtschaftskrise, über die auch der aktive Außenhandel nicht hinwegtäuschen darf. Der deutsche Rohisenbeitrag hat sich nur scheinbar als Vorteil erwiesen. In Deutsch-Lothringen und Luxemburg wurden vor dem Kriege die Eisenmengen erzeugt, die glatt auf dem aufnahmefähigen deutschen Markt Absatz finden konnten. Rohisen und Halbzeug wurden ja weniger ausgeführt als Fertigprodukte, die aus Halbzeug hergestellt wurden. Deutschland besitzt den noch ungeschwächten Produktionsapparat für die Fertigindustrie. Ihn auszunutzen oder zu beliefern ist das Ziel der französischen Industrie, die aber auch hierbei nur die Leistung ohne Gegenleistung erhalten möchte.

Es ist zu verstehen, daß Frankreich unter diesen Umständen an den hohen Zollmauern in Europa Anstoß nimmt, obwohl es selbst alles tut und nichts unterläßt, um die Zollmauern um seinen eigenen und durch die Kolonien vergrößerten Markt immer höher zu bauen. Die europäische Wirtschaftskrise ist und bleibt weient-